

## Rentenaufschub

# Koordination zwischen Invalidenrente und Lohnfortzahlung

Vorsorgeeinrichtungen können Invalidenrenten aus beruflicher Vorsorge aufschieben, falls eine reglementarische Grundlage besteht und die Voraussetzungen von Art. 26 BVV 2 erfüllt sind. Neu gilt dies unabhängig davon, ob eine Krankentaggeldversicherung ihre Leistungen im Umfang der nachträglich zugesprochenen Rente der Invalidenversicherung zurückfordert.

---

## IN KÜRZE

Art. 26 BVV 2 stellt Taggelder in Höhe von 80 Prozent des entgangenen Lohns dem vollen, durch den Arbeitgeber bezahlten Lohn gleich. Sind die Voraussetzungen erfüllt, darf die Vorsorgeeinrichtung die Invalidenrente aufschieben.

---

Das Bundesgericht hat in einem kürzlich ergangenen Urteil<sup>1</sup> in Änderung seiner bisherigen Rechtsprechung entschieden, dass eine Vorsorgeeinrichtung die Invalidenrente aus beruflicher Vorsorge gestützt auf Art. 26 Abs. 2 BVG i.V.m. Art. 26 BVV 2<sup>2</sup> auch dann aufschieben darf, wenn die Taggeldversicherung ihre Leistungen nachträglich mit der Rente der Invalidenversicherung verrechnet.

## Sachverhalt

Dem Entscheid lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Eine Versicherte wurde im Januar 2010 zu 50 Prozent arbeitsunfähig, zu 50 Prozent blieb die Versicherte beim gleichen Arbeitgeber in reduziertem Pensum weiterhin arbeitsfähig. Die Krankentaggeldversicherung, die je zur Hälfte von der Arbeitgeberin

und der Arbeitnehmerin finanziert worden war, ersetzte der Arbeitnehmerin für 730 Tage 80 Prozent des entgangenen Lohns.

Die Pensionskasse sah in ihrem Reglement eine Art. 26 Abs. 2 BVG und Art. 26 BVV 2 entsprechende Regel zum Aufschub der Invalidenrente vor und entrichtete daher die Invalidenrente erst nach Ablauf der Krankentaggeldzahlungen.

Die allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) der Krankentaggeldversicherung sahen vor, dass es sich beim versicherten Taggeld um Vorschüsse handle, wenn der Rentenanspruch einer staatlichen oder betrieblichen Versicherung noch nicht feststehe. Die Krankentaggeldversicherung schreibt in ihren AVB weiter, dass sie die zu viel erbrachten Leistungen bei der versicherten Person oder dem Versicherungsträger zurückfordern könne, wenn ein Versicherungsträger nachträglich für die gleiche Zeit eine Rente zuspreche.

Genau dies tat die Krankentaggeldversicherung anschliessend: Als die Invalidenversicherung im Jahr 2014 der Versicherten rückwirkend ab dem 1. Januar 2011 bei einem Invaliditätsgrad von 52 Prozent eine halbe Invalidenrente zusprach, forderte die Krankentaggeldversicherung von der Invalidenversicherung einen Teil der bezahlten Krankentaggelder zurück. In der Folge verrechnete die Invalidenversicherung ihre Rentennachzahlung für die Zeitperiode, für die gleichzeitig Krankentaggelder

<sup>1</sup> BGer 9C\_330/2016 vom 14. Oktober 2016, zur Publikation vorgesehen. Die Autorinnen haben in diesem Fall die Vorsorgeeinrichtung vertreten.

<sup>2</sup> Die beiden Artikel lauten wie folgt. Art. 26 Abs. 2 BVG: «Die Vorsorgeeinrichtung kann in ihren reglementarischen Bestimmungen vorsehen, dass der Anspruch aufgeschoben wird, solange der Versicherte den vollen Lohn erhält.» Art. 26 BVV 2 (Krankentaggelder als Lohnersatz): «Die Vorsorgeeinrichtung kann den Anspruch auf Invalidenleistung bis zur Erschöpfung des Taggeldanspruchs aufschieben, wenn: a. der Versicherte anstelle des vollen Lohns Taggelder der Krankenversicherung erhält, die mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns betragen, und b. die Taggeldversicherung vom Arbeitgeber mindestens zur Hälfte mitfinanziert wurde.»

### Laurence Uttinger

Partnerin,  
Niederer Kraft & Frey AG,  
Zürich



### Evelyn Schilter

Senior Associate,  
Niederer Kraft & Frey AG,  
Zürich



und eine Rente der Invalidenversicherung ausgerichtet wurden (1. Januar 2011 bis 28. Februar 2012), mit dem Rückforderungsanspruch der Krankentaggeldversicherung.

Die Versicherte erhielt im Ergebnis während der Laufzeit der Krankentaggeldversicherung immer mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns, danach die Invalidenrenten der Invalidenversicherung und der Vorsorgeeinrichtung. Die Krankentaggeldversicherung stellte mit der Regelung in den AVB sicher, dass die Versicherte während der Laufzeit der Krankentaggelder keine Leistungen erhielt, die im Ergebnis zu einer Entschädigung von über 80 Prozent des entgangenen Lohns geführt hätten.

Die Versicherte stellte sich auf den Standpunkt, dass der Aufschub der Invalidenrente aus beruflicher Vorsorge nicht zulässig sei. Weil die Krankentaggeldversicherung die Rentennachzahlung der Invalidenversicherung beansprucht habe, hätten die Taggeldleistungen nicht mehr 80 Prozent des entgangenen Lohns betragen, weshalb eine der Aufschubvoraussetzungen gemäss Vorsorgereglement und Art. 26 BVV 2 nicht erfüllt sei. Diese Auffassung entsprach der bisherigen bundesgericht-

lichen Rechtsprechung.<sup>3</sup> Die Vorsorgeeinrichtung war dagegen der Auffassung, dass der Aufschub der Invalidenrente aus beruflicher Vorsorge auch zulässig sein müsse, wenn die von der Invalidenversicherung geschuldete Rentennachzahlung von der Krankentaggeldversicherung beansprucht werde (siehe Grafiken).

### Änderung der Rechtsprechung

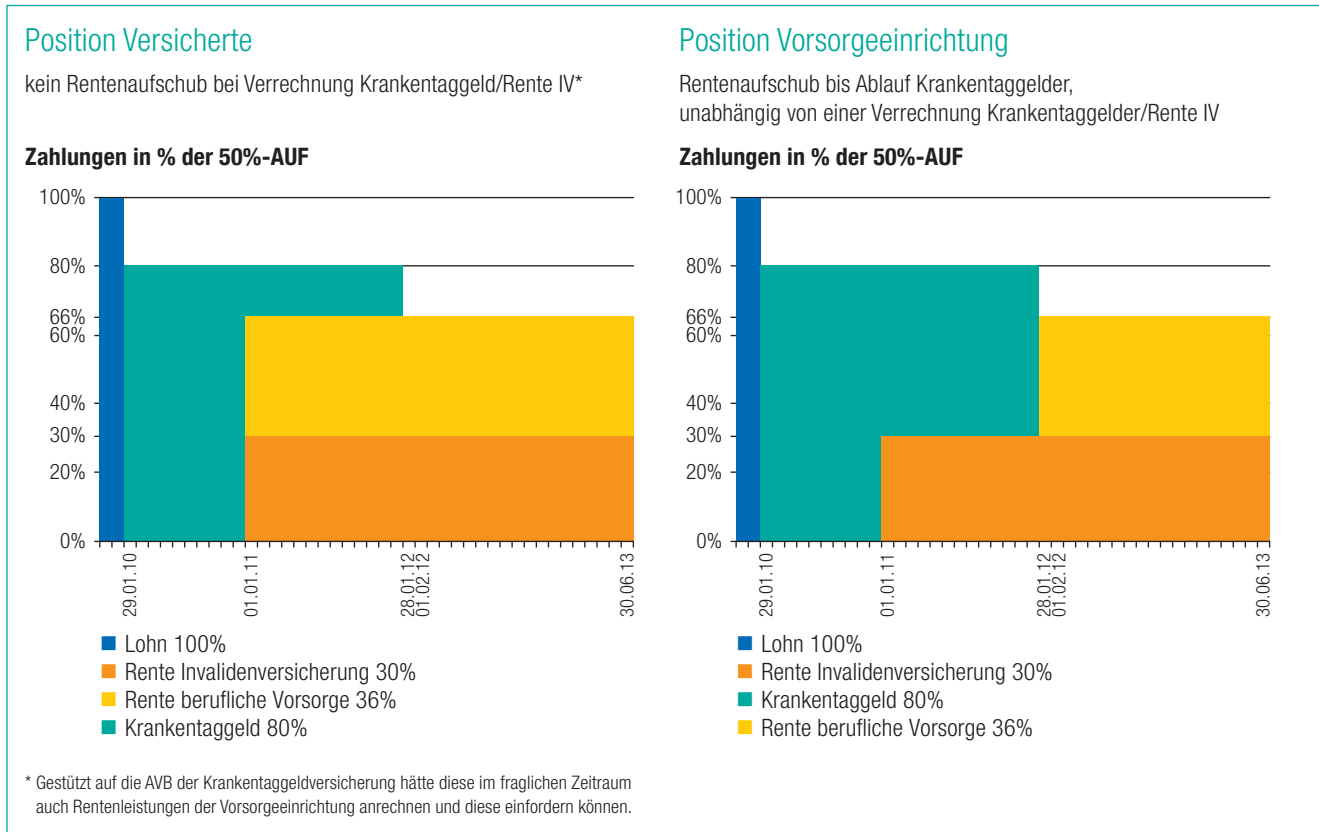
Das Bundesgericht setzte sich mit der bisherigen, in der Lehre einhellig kritisierten Rechtsprechung in grundsätzlicher Weise auseinander.

In Auslegung von Art. 26 Abs. 2 BVG und Art. 26 BVV 2 kommt es zum Schluss, dass Art. 26 Abs. 2 BVG eine Koordinationsnorm in zeitlicher Hinsicht ist und verhindern will, dass der Versicherte nach Eintritt des Invaliditätsfalls wirtschaftlich besser gestellt wird, als wenn er weiterhin voll arbeitsfähig wäre. Als Spezialnorm zur Überentschädigungsregelung von Art. 34a Abs. 1 BVG

i.V.m. Art. 24 BVV 2 bezieht sie sich auf das Verhältnis zwischen der Invalidenrente aus beruflicher Vorsorge und dem weiter ausgerichteten Lohn respektive dem Krankentaggeld. Diesbezüglich wollte der Gesetzgeber eine Koordinationsbefugnis zugunsten der beruflichen Vorsorge respektive zulasten des Arbeitgebers oder des Taggeldversicherers schaffen, und zwar explizit für jenen Zeitraum, in dem die Invalidenversicherung in der Regel (verspätete Anmeldung vorbehalten) bereits Leistungen erbringt (E. 3.3.2).

Art. 26 BVV 2 stellt Taggelder in Höhe von 80 Prozent des entgangenen Lohns dem vollen, durch den Arbeitgeber bezahlten Lohn gleich. Die Verordnungsbestimmung regelt damit nur, unter welchen Voraussetzungen Krankentaggelder einen vollwertigen Ersatz für die Lohnfortzahlungspflicht des Arbeitgebers darstellen. Sind diese Voraussetzungen erfüllt, darf die Vorsorgeeinrichtung die Invalidenrente aufschieben. Das Verhältnis zwischen Lohnfortzahlung beziehungsweise Krankentaggeldern einerseits und der Rente der Invalidenversicherung andererseits wird in Art. 26 BVV 2 nicht geregelt und ist unabhängig davon zu beurteilen: Die

<sup>3</sup> Urteil des Eidgenössischen Versicherungsgerichts B 27/04 vom 21. Februar 2005, vom Bundesgericht bestätigt in den Urteilen 9C\_992/2012 vom 27. März 2013 und 9C\_1026/2008 vom 24. August 2009.



Lohnfortzahlung ist grundsätzlich subsidiär zu Sozialversicherungsleistungen (Art. 324b OR). Deshalb dürfen sich Arbeitgeber oder Versicherungen eine Rentennachzahlung der Invalidenversicherung abtreten lassen, wenn sie Vorleistungen erbringen (Art. 22 Abs. 2 ATSG). Dies hat jedoch keinen Einfluss auf die Befugnis der Vorsorgeeinrichtung, ihre Invalidenrente zeitlich mit der Lohnfortzahlung des Arbeitgebers bezie-

hungsweise des Krankentaggeldversicherers zu koordinieren. Wäre das anders, würde die Koordinationsbefugnis der beruflichen Vorsorge gegenüber Leistungen der Krankentaggeldversicherung ausgehebelt, indem sie genau in jenen typischen Fällen, für die sie geschaffen wurde, nicht zum Tragen kommen könnte. Dies stünde im Widerspruch zur Absicht des Gesetz- und Verordnungsgebers von Art. 26 Abs. 2 BVG bezie-

hungsweise Art. 26 BVV 2. Das Bundesgericht kommt zum Schluss, dass die auf Art. 26 Abs. 2 BVG und Art. 26 BVV 2 basierende reglementarische Rentenaufschubsmöglichkeit der Vorsorgeeinrichtung auch dann besteht, wenn der Taggeldversicherer, der Taggelder für Arbeitsunfähigkeit ausgerichtet hat, diese Leistungen im Umfang der nachträglich zugesprochenen Rente der Invalidenversicherung zurückfordert. **I**

## Coordination entre rente d'invalidité et poursuite du versement du salaire

# Ajournement de la rente

Les institutions de prévoyance peuvent ajourner les rentes d'invalidité au titre de la prévoyance professionnelle, s'il existe une base réglementaire et que les conditions de l'art. 26 OPP 2 sont réunies. Cette règle s'applique désormais, qu'une assurance d'indemnités journalières de maladie demande le remboursement de ses prestations à hauteur de la rente accordée a posteriori par l'assurance-invalidité ou non.

### EN BREF

L'art. 26 OPP 2 assimile les indemnités journalières à hauteur de 80% du salaire dont l'assuré a été privé au salaire complet payé par l'employeur. Si les conditions sont remplies, l'institution de prévoyance est autorisée à ajourner la rente d'invalidité.

Dans un arrêt<sup>1</sup> récent, le Tribunal fédéral a décidé, en dérogation à sa jurisprudence antérieure, qu'une institution de prévoyance est autorisée en vertu de l'art. 26 al. 2 LPP en relation avec l'art. 26 OPP 2<sup>2</sup> à ajourner la rente d'invalidité au titre de la prévoyance professionnelle, même lorsque l'assurance d'indemnités journalières impute a posteriori

ses prestations sur la rente de l'assurance-invalidité.

### Exposé des faits

La décision se fondait sur les faits suivants: en janvier 2010, une assurée a subi une incapacité de travail à 50%, mais a continué à exercer une activité professionnelle chez le même employeur avec un taux d'occupation réduit de 50%. L'assurance d'indemnités journalières de maladie qui avait été financée à parts égales par l'employeur et l'employée a indemnisé l'employée à hauteur de 80% du salaire dont elle avait été privée pour une durée de 730 jours.

La caisse de pension avait prévu une règle concernant l'ajournement de la rente d'invalidité correspondant à l'art. 26 al. 2 LPP et à l'art. 26 OPP 2 et n'a donc versé la rente d'invalidité qu'à l'expiration du versement des indemnités journalières de maladie.

Les conditions générales d'assurance (CGA) de l'assurance d'indemnités journalières de maladie prévoyaient que les indemnités journalières assurées consti-

<sup>1</sup> Arrêt du TF 9C\_330/2016 du 14 octobre 2016, publication prévue. Dans ce cas, les auteurs représentaient l'institution de prévoyance.

<sup>2</sup> Ces deux articles stipulent: Art. 26 al. 2 LPP: «L'institution de prévoyance peut prévoir, dans ses dispositions réglementaires, que le droit aux prestations est différé aussi longtemps que l'assuré reçoit un salaire entier.» Art. 26 OPP 2 (Indemnités journalières de l'assurance-maladie en lieu et place du salaire): «L'institution de prévoyance peut différer le droit aux prestations d'invalidité jusqu'à épuisement des indemnités journalières, lorsque: a. l'assuré reçoit, en lieu et place du salaire entier, des indemnités journalières de l'assurance-maladie équivalant à au moins 80% du salaire dont il est privé et que b. les indemnités journalières ont été financées au moins pour moitié par l'employeur.»